

Wissenschaft hautnah an der Politik

Selten war wissenschaftliche Expertise so gefragt wie in diesen Zeiten der Corona-Krise.

Das „**Thesenpapier**“ der Autoren um **Prof. Matthias Schrappe** gibt einen Anstoß, den Blick auf das Zusammenwirken von Politik und Wissenschaft, den Wert von Interdisziplinarität in wissenschaftlicher Politikberatung und die Studie selbst zu werfen.

Politik, Gesellschaft und Praxis waren allesamt auf das Auftreten des neuen Virus nicht vorbereitet. Das verbündet. Die Politik stand und steht unter massivem Handlungsdruck. Sie, die gewöhnlich den Expertenrat im Hintergrund bündelt und wissenschaftliche Zuarbeit weithin unsichtbar lässt, war von der unüberschaubaren Dynamik der Entwicklung so getroffen und in ihrer Autorität gegenüber der Öffentlichkeit so gefährdet, dass sie mehr als auf Augenhöhe Virologen, Epidemiologen, Wissenschaftlern des Robert-Koch-Instituts das Wort für Erklärungen und Prognosen überließ. Hierdurch entstand vorteilhaft für die Politik der Eindruck von Demut bei gleichzeitig zupackender Tatkraft. Es wuchs das gewünschte Vertrauen, dass alles verfügbare Wissen in unabweisbare schmerzliche Entscheidungen der Politik einfließt.

Wahrlich eine Hoch-Zeit für die Wissenschaft, eine Freude für alle, die sich in der Vergangenheit wünschten, Erkenntnisse und Einschätzungen der Wissenschaft würden wegen ihres objektivierenden Charakters und daher gesellschaftlichen Gewichts eine tragendere Rolle in politischen Entscheidungsprozessen spielen. Ist Letzteres vielleicht, ohne dass wir es bemerkt haben, in der politischen Praxis durchaus generell schon gewährleistet oder hier nur der Krise geschuldet? Nein, leider nicht. Zu besichtigen jüngst etwa bei Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur dringenden Reform der Alterssicherung - einer existenziellen Thematik unserer Gesellschaft -, als der Kompetenz und Kreativität der Wissenschaftler durch Einbau politischer Haltelinien von vornherein Grenzen gesetzt worden sind.

Erfahrungen aus der Corona-Krise:

Tatsächlich floß bislang nicht alles verfügbare Wissen in politische Strategieentscheidungen. Dies war sicher der Handlungsdringlichkeit geschuldet und der Einsicht, insgesamt „nur auf Sicht fahren“ zu können.

Politik wie auch Wissenschaft bestätigten in ihren Erklärungen gegenüber der Öffentlichkeit freimütig den entwaffnenden Corona-Kommentar von **Jürgen Habermas** „*So viel Wissen über unser Nichtwissen...gab es noch nie*“ (zit. in FAZ v. 18.4.2020, S. 2). Beiden fiel diese Ehrlichkeit bislang nicht auf die Füße. Die wache Öffentlichkeit versteht und akzeptiert dies. Es bedarf also keiner Verschleierungen. In einer existenziellen Situation sitzen alle in einem Boot. Das sollte zu einem wahrhaftigeren, ungeschminkten Umgang der Politik mit Wissenschaft und Gesellschaft auch außerhalb von Krisenzeiten ermutigen.

Wissenschaft darf nach der gegenwärtigen Aufwertung nicht übermütig werden. Ihr sollte die Rolle als Berater genügen. Es ist ein großes Verdienst der wissenschaftlichen „Stars“ der Corona-Zeit, dass sie gegenüber der Politik kein eigenes Geltungsbedürfnis haben erkennen lassen. Das aufgekommene und inzwischen gedimmte Schlagwort von der Gefahr einer „*Virokratie*“ (Heribert Prantl) signalisierte rasch, dass die Gesellschaft empfindlich auf eine als undemokratisch empfundene Machtverschiebung reagieren würde.

Die Autoren des „Thesenpapiers“ warnen zu Recht, dass „*der Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse nicht den politischen Charakter konfliktärer Entscheidungssituationen und die Verantwortung für ihre demokratische Absicherung abschwächen oder in Frage stellen dürfe*“.

„Virolokratie“ signalisierte allerdings auch, dass Politik kurzsichtig handelt, wenn sie sich bei einer Pandemie mit komplexen Folgen für Gesundheit, Prävention, Wirtschaft und Arbeitsplätze, Familien, Kultur etc, **jedenfalls zunächst**, offensichtlich **nicht gesamtwissenschaftlich** beraten lässt. Empfehlungen einer Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie Leopoldina oder des Deutschen Ethikrates oder des „Expertenrates Corona“ (NRW) kamen erst später hinzu.

Bei der Komplexität der Herausforderungen, auch sich kurzfristig ändernder Gewichtung von medizinischen, wirtschaftlichen oder psychologischen Aspekten ist es ein Gebot der Stunde, dass nachhaltige Lösungen und Strategien **wissenschaftsübergreifend** gefunden werden müssen.

Auffällig ist, dass zu Beginn der Krise relativ wenig Interesse an kritischen oder mahnenden Stimmen bestand, wie sie etwa unter „**impf-info.de**“ gesammelt wurden und wie es in den vorösterlichen „Denkverböten“ zu Exitstrategien zum Ausdruck kam. Ernsthafte wissenschaftliche Vielstimmigkeit wäre in dieser Phase der Auseinandersetzung mit dem gefährlichen Virus wohl als unsolidarische oder unbotmäßige Bedrohung einer gebotenen Handlungsfähigkeit von Politik und Epidemiologie verstehbar gewesen.

So lässt sich auch die eigentlich ungewöhnliche Einleitung der Autoren des Thesenpapiers (**Matthias Schrappe et al.**) deuten. Sie möchten nur „*die Fakten und Probleme klar benennen*“ und ihre Aussagen nicht als Kritik an den handelnden Personen verstanden wissen, „*die in den zurückliegenden Wochen unter den Bedingungen einer – die Steigerung sei erlaubt – „noch unvollständigeren Information“ entscheiden mussten als dies heute der Fall ist.*“

Der Kern der Botschaft wurde gleichwohl verstanden: **Andreas Mihm** überschrieb seine sachliche Besprechung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung v. 9. April 2020 (S. 19) mit „**Harsches Urteil über Corona-Politik**“. Spätestens mit dieser Veröffentlichung dürfte es den Autoren gelungen sein, ihre Thesen gerade noch rechtzeitig in den Fokus derjenigen zu bringen, die die nachösterlichen Exit-Entscheidungen vorzubereiten hatten. Dies allein ist schon verdienstvoll.

Die Autoren könnten für sich beanspruchen, bundesweit zu den ersten gehört zu haben, die ihre Erfahrungen und Einschätzungen **interdisziplinär** zusammengeführt haben, **beinahe integrativ**, denn es ist schon faszinierend, wie aus unterschiedlichen fachwissenschaftlichen Zugängen zur Corona-Problematik am Ende ein „Thesenpapier“ wie aus einem Guss, aus einer Feder verfasst entstanden ist! Diese Gemeinschaftsarbeit liegt ganz im Geiste der wissenschaftlichen Idee des FORUMS SOZIALVERSICHERUNG!

Eine ihrer Botschaften ist wegweisend: Eine evidenzbasierte Politikberatung müsse mehrere wissenschaftliche Fachdisziplinen umfassen, „*wobei die diagnostischen Fächer (hier: Virologie), die klinischen Fächer (hier: Infektiologie, Intensivmedizin) und die Pflege ganz im Vordergrund stehen sollten*“. „*Da eine Epidemie ... nur im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung zu bewältigen sei, erscheine zusätzlich eine Mitwirkung von Vertretern der Sozialwissenschaften, Public Health, Ethik, Ökonomie, Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft unverzichtbar*“. Notwendige Verhaltensveränderungen auf Ebene der Bevölkerung und in den Institutionen (Schulen pp) könnten „*nur durch Mehrfach- bzw. Mehrebeneninterventionen erreicht werden, zu denen auch psychologische, soziale, ökonomische und politische Maßnahmen zählen.*“

Inzwischen gibt es darüber einen allgemeinen Konsens, dass „*nach den Virologen jetzt auch die Sozialwissenschaftler gefragt sind, wenn es darum geht, die Risiken von Lockdown und Lockerung gegeneinander abzuwägen*“ (**Mark Siemons**, in FAS v. 19.04.20, S. 33). Allerdings wird bilanziert, dass auch die Sozialwissenschaftler „*damit nicht weit gekommen*“ sind (Siemons). Hier werden bisher unbefriedigende Lösungsvorstellungen der Experten, insbesondere der o.g. Räte, zu „*Die*

Ratlosigkeit der Experten im Expertenrat“ (Siemons) zusammengefasst.

Einig ist man sich, dass es anstelle einer bisherigen „*monothematischen Ausrichtung*“ jetzt um das „*Gebot der multidimensionalen Risikobewertung*“ (Leopoldina) geht. Doch hier beginnt für alle beteiligten Wissenschaftsdisziplinen die Crux. Eigentlich ad hoc müsste über die einzelnen Disziplinen hinweg ohne Einfluss ideologischer Faktoren Einvernehmen herbeigeführt werden über Fragen der Güterabwägung, der Verhältnismäßigkeit, von Kosten-Nutzen-Rechnungen bei Handeln oder bei Unterlassen von konkreten Maßnahmen, der sozialen Akzeptanz usw. Das ist auf einer unvorbereiteten Datenbasis und bei der vielfach selbstbewussten Stellungnahme von Wissenschaftlern, die ungern mit dem Tenor „Suchen, Prüfen, schrittweise Tasten“ enden möchten, angesichts des Zeit- und gesellschaftlichen Drucks schlicht eine Überforderung.

Man erkennt dies an Widersprüchlichkeiten bei den Empfehlungen der genannten Expertenräte. Die Autoren des „Thesenpapiers“ konnten vermutlich leicht Einvernehmen hinsichtlich der Kritik an den epidemiologischen Daten erzielen, welche die Politik ihrer Kommunikation mit den Betroffenen zugrunde legt. Hier lässt sich auch schon eine Reaktion erkennen: Die Krisenleitung erklärt weniger die vom Autorenteam kritisierte täglich ermittelte „Verdoppelungszahl“ als nunmehr die „Reproduktionsrate“ zum wichtigen Entscheidungsparameter.

Was Aussagen im „Thesenpapier“ zu konkreten Möglichkeiten der Prävention oder der Lockerung des Lockdowns anbelangt, spürt man vertiefenden Diskussionsbedarf. Hier sind die Autoren redlich, wenn sie selbst von „Thesen“ sprechen. Dies betrifft z.B. die Behauptung, dass allgemeine Präventionsmaßnahmen wie social distancing theoretisch schlecht abgesichert seien. Hier würde ein Blick nach Asien bis zum Vorliegen empirischer Daten hierzulande die Aussage rechtfertigen, dass in bestimmten Situationen Mundschutz u.ä. im Allgemeinen zumindest nicht schaden würde.

Auffällig und angreifbar ist der Mut der Gruppe, zum gegenwärtigen Zeitpunkt im Bereich gesellschaftlicher Problemzonen Position zu beziehen: Mit „*Niemand will eine Mauer bauen*“ (Ulbricht) haben wir unsere Erfahrungen gemacht. Aber noch gibt es hierzulande keine ernstesten Indizien dafür, dass eine Verschärfung der Legitimationskrise unseres demokratischen Systems droht. Der Wachsamkeit unserer Parlamente und des Bundesverfassungsgerichts darf durchaus vertraut werden. Die Sorge, dass Deutschland autoritäre Elemente des Staatsverständnisses aus Ländern mit totalitären Gesellschaftssystemen (z.B. China) in das deutsche System übernimmt, wird nicht dadurch gestützt, dass die Menschen ganz offensichtlich in einer Zeit existenzieller Krise eine starke staatliche Führung und gesellschaftliche Geschlossenheit wünschen.

Grund für die Sorge scheint vor allem der Plan zu sein, Infizierungswege über Handy-Ortung zu verfolgen. Wenn hier erhebliches Potenzial für eine erfolgreiche Eindämmung der Virenverbreitung als Voraussetzung für eine stufenweise Aufhebung wirtschaftlicher Betätigungsbeschränkungen gesehen wird sowie professionelle Datenschützer Grünes Licht geben, sollten Bedenken zurückstellbar sein.

Das Thesenpapier ist ungeachtet beachtlicher fachlicher Eindringtiefe für den politischen und medialen Gebrauch sehr verständlich formuliert. Es bietet Informationen zum Thema, die andernorts nicht zu finden sind.

Günther Sokoll
19.04.20